

## Ihlenberg: Abfallannahme grundsätzlich regelkonform aber mit Verbesserungsbedarf

### GGSC-Gutachten vorgestellt / Opposition fordert parlamentarische Aufklärung

Die in den letzten Wochen durch Vorwürfe ihres ehemaligen Innenrevisors in die Schlagzeilen geratene Ihlenberger Abfallentsorgungsgesellschaft (IAG) wird durch ein aktuelles Gutachten größtenteils entlastet. Es konnten keine Gefährdungen für Umwelt und Gesundheit festgestellt werden. Die vorgeschriebenen Verfahren bei der Abfallannahme werden eingehalten und die Betriebsabläufe funktionieren, teilt das mecklenburg-vorpommerische Finanzministerium mit Verweis auf eine von der Anwaltskanzlei Gaßner, Groth, Siederer & Coll. (GGSC) vorgenommene Prüfung von Abfallentsorgungsvorgängen auf der Deponie Ihlenberg mit. Allerdings gebe es Verbesserungsbedarf beim Kontrollmanagement.

Wie berichtet, wirft der frühere Abteilungsleiter und Compliance-Beauftragte der IAG, Stefan Schwesig, der IAG-Geschäftsführung vor, Abfälle angenommen zu haben, deren Gehalt an gefährlichen Schwermetallen die Deponieparameter um ein Vielfaches überschreiten. Die landeseigene Gesellschaft weist die Vorwürfe zurück (EUWID 47 und 48/2018).

Die GGSC-Rechtsanwälte Achim Willand und Georg Buchholz haben die Berichte Schwesigs und der IAG-Geschäftsführung nun geprüft und kommen zu dem Ergebnis, dass auf der Deponie Ihlenberg grundsätzlich ein geordneter Deponiebetrieb herrscht. Die Anzahl der gemessenen Überschreitungen von Kriterien bei der Abfallannahme erscheine in der Gesamtschau nicht bedenklich. Allerdings habe die IAG in drei untersuchten Entsorgungsvorgängen nach wiederholter Überschreitung von Zuordnungskriterien nicht rasch und nachdrücklich genug geeignete Maßnahmen eingeleitet, um künftige Überschreitungen zu vermeiden. Ob es in diesem Zusammenhang zur Verletzung der abfallrechtlichen Betreiberpflichten der IAG gekommen sei, könne im Rahmen der GGSC-Untersuchung nicht abschließend beurteilt werden.

Die Gutachter regen ein besseres Kontrollmanagement bei kritischen Entsorgungsfällen an. Bei wiederholter Überschreitung eines Zuordnungskriteriums in Einzelmessungen müsse die IAG rasch wirksame Maßnahmen einleiten, um dies fortan zu verhindern. So sollte die IAG zum einen den Abfallerzeuger mit Fristsetzung auffordern, die Ursache für die Überschreitung zu ermitteln. Zum anderen sollten Eskalationsstufen ergriffen werden, die etwa die Androhung eines Lieferstopps oder die Abfallannahme erst nach Analyse der Lieferung beinhalten.

Weiterhin sollte die IAG aus Sicht der Gutachten das betriebliche Dokumentationssystem und das Risikomanagement verbessern. Für erhebliche Überschreitungen von Werten der Deklarationsanalyse und für jede Überschreitung eines Zuordnungswertes könnte ein Formblatt zur Dokumentation ausgefüllt und zur Akte genommen werden. Außerdem sollten etwaige wirtschaftliche oder andere Gründe hinterfragt werden, die die IAG-Geschäftsführung dazu bewogen hatte, die Entsorgung der im Schwesig-Prüfbericht aufgelisteten kritischen Abfalllieferungen trotz einer erheblichen Anzahl von Überschreitungen von Zuordnungskriterien fortzuführen.

Die Ergebnisse des Gutachtens und die Empfehlungen für das zukünftige Handeln der IAG wurden von allen Beteiligten zur Kenntnis genommen und akzeptiert. Hierzu unterzeichneten am Donnerstag Landwirtschaftsminister Harry Glawe (CDU), Umweltminister Till Backhaus und Finanzminister Mathias Brodkorb (beide SPD), der Aufsichtsratsvorsitzende Hans-Thomas Sönnichsen, die beiden IAG-Geschäftsführer Norbert Jacobsen und Beate Ibiß, die Landrätin des Landkreises Nordwestmecklenburg Kerstin Weiß sowie Innenrevisor Stefan Schwesig die sogenannte „Ihlenberger Erklärung“. Insbesondere verständigten sich die Beteiligten darauf, die Beschlüsse der Landesregierung vom 20. November zeitnah umzusetzen. Wie berichtet, hatte das Landeskabinett an diesem Tag als Reaktion auf die Vorgänge bei der IAG einen Sechs-Punkte-Maßnahmenplan verabschiedet. Dieser sieht unter anderem vor, bis auf Weiteres keine Verträge für Abfälle aus dem Ausland abzuschließen und die Erfüllung bestehender Verträge auf deren Notwendigkeit zu überprüfen. Weiterhin kündigte die Landesregierung an, die fachaufsichtlichen Genehmigungsprozesse zu überprüfen und ein Zukunftskonzept für die IAG – einschließlich eines Schließungsszenarios – zu erarbeiten.

Auch nach dem GGSC-Gutachten und der Ihlenberger Erklärung bleibt das Thema auf der politischen Tagesordnung. Wie die Nachrichtenagentur dpa berichtet, will der Wirtschaftsausschuss des mecklenburg-vorpommerischen Landtags die Vorkommnisse in Ihlenberg weiter aufklären. So sind für einige Abgeordneten noch eine Reihe Fragen offen. Der SPD-Politiker und Ausschussmitglied Jochen Schulte will zum Beispiel wissen, was der Mülltourismus zum Ihlenberg

monetär einbringt: „Ist es betriebswirtschaftlich sinnvoll, Sondermüll aus Italien auf der Deponie Ihlenberg zu entsorgen? Für weit weniger gefährliche Abfälle erhält man als Deponiebetreiber in Norddeutschland zwischen 140 und 160 Euro pro Tonne. Wie viel mehr hat das Geschäft mit Italien wirklich eingebracht?“, fragt Schulte in einer Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion.

Auch die Linken-Fraktion hält eine weitere tiefgründige parlamentarische Aufklärung und Aufarbeitung zum Ihlenberg nach wie vor für zwingend erforderlich. Auf der Sitzung des Wirtschaftsausschusses diesen Donnerstag soll nach dem Willen der Linken ein Beschluss gefasst werden, wer zu welchen Sachverhalten gehört werden soll. Neben Vertretern von Geschäftsführung und Aufsichtsrat wollen die Linken auch den ehemaligen Innenrevisor und Ehemann von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Stefan Schwesig, anhören. Auch soll geklärt werden, wie und durch wen der interne Bericht von Schwesig an die Öffentlichkeit gelangte. Der Obmann der Linken im Wirtschaftsausschuss, Henning Foerster, fragt zudem nach den Gründen für den Abfallimport aus Italien und möchte wissen, ob es eventuelle Verstöße gegen Vertragsvereinbarungen und das Umweltrecht gab. (Eigener Bericht / dpa)

Das GGSC-Gutachten ist kurzzeitig unter <https://www.euwid-recycling.de/doku> abrufbar.